

Anmerkungen zur Interpretation der Instabilität wirtschaftlichen Wachstums

Kalmbach, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kalmbach, P. (1980). Anmerkungen zur Interpretation der Instabilität wirtschaftlichen Wachstums. In W. H. Schröder, & R. Spree (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung* (S. 404-416). Stuttgart: Klett-Cotta. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-340307>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Anmerkungen zur Interpretation der Instabilität wirtschaftlichen Wachstums

I. Instabilitätstendenzen und die herrschende Wirtschaftstheorie

Joan Robinson hat einmal darauf hingewiesen, daß eine Theorie, die alle Einflußfaktoren zu berücksichtigen versucht, ungefähr so nützlich ist wie eine Landkarte im Maßstab 1:1. Die demgegenüber betonte Eigenschaft einer guten Theorie, zwischen wesentlichen und unwesentlichen Faktoren bei der Erklärung bestimmter Sachverhalte zu unterscheiden, ist insbesondere dem Wirtschaftshistoriker unmittelbar einsichtig. Denn seine Erwartung an die ökonomische Theorie ist, daß sie einen Beitrag zur Organisation des historischen Materials leistet, indem sie prinzipiell überprüfbare Hypothesen entwickelt, die dazu beitragen können, zwischen wesentlichen und akzidentiellen Entwicklungen zu unterscheiden und die kausalen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Entwicklungen aufzuhellen.

Solche an die Wirtschaftstheorie gerichteten Erwartungen werden häufig enttäuscht, weil die erhoffte Hilfestellung bereits daran scheitert, daß „die Wirtschaftstheorie“ vom Wirtschaftshistoriker nicht vorgefunden wird; ihm bleibt nur die Möglichkeit, sich einem bestimmten Paradigma anzuvertrauen und selbst bei getroffener Wahl findet er häufig noch stark voneinander abweichende Erklärungsmuster vor. Das Gesagte gilt in besonderer Weise bezüglich der Erklärung der Instabilitätstendenzen in der Entwicklung kapitalistischer Ökonomien. Beschränkt man sich auf die Nachkriegsentwicklung, so herrscht einigermaßen Einigkeit, was die Fakten¹ anlangt: Der Wachstumsprozeß verläuft nicht stetig, sondern in Zyklen, wobei man sich inzwischen auch in der Bundesrepublik wieder an negative Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts gewöhnen mußte; die Kapazitätsauslastung unterliegt erheblichen Schwankungen; und laufende, in ihrer Höhe variierende Preissteigerungsraten gehören ebenfalls zum Erscheinungsbild kapitalistischer Entwicklung in der Nachkriegszeit. Vor allem aber hat sich die Phase der Vollbeschäftigung als vor-

¹ Daß man über ökonomische „Fakten“ durchaus streiten kann, liegt an den z. T. durchaus problematischen Konventionen, mit denen sie ermittelt werden. Bei der Arbeitslosenquote wird das besonders deutlich; es gilt das gleiche aber auch für das Wachstum des Sozialprodukts und die Inflationsrate.

übergehend erwiesen, längerandauernde Arbeitslosigkeit ist ein Indikator für den wieder krisenhafter gewordenen Verlauf kapitalistischer Entwicklung.

Einigkeit über diese Sachverhalte bedeutet nun aber keineswegs, daß diese Erscheinungen auch einhellig als Evidenz für eine inhärente Instabilität marktwirtschaftlicher Systeme verstanden werden. Zwar gibt es Autoren, die bereits Schwankungen in den jährlichen Wachstumsraten als Evidenz für wirtschaftliche Instabilität akzeptieren², diese Position ist aber nicht vorherrschend und sie ist u. E. auch nicht sinnvoll, denn grundsätzlich muß zugestanden werden, daß hinter Schwankungen Ursachen stehen können, die mit Instabilitätseigenschaften des Systems nichts zu tun haben.

Von dieser logisch zulässigen Interpretation macht die herrschende Wirtschaftstheorie nun reichlich Gebrauch. Der Wirtschaftshistoriker, der sich diesem Paradigma anvertraut, wird mit einer Gleichgewichtslogik versorgt, die ihn nach inhärenten Instabilitätstendenzen gar nicht erst fragen und suchen läßt. Auszugehen ist danach von einer grundsätzlich stabilen Wirtschaft, die tatsächlich auftretenden Ungleichgewichte sind nicht Indikatoren für Instabilität, sie kommen trotz der Existenz eines stabilen und gleichgewichtsfähigen Systems zustande. Dabei kann man zwei Versionen unterscheiden. Die erste unterstellt, daß Ungleichgewichte entweder auf exogene „Schocks“ oder aber auf destabilisierende Maßnahmen des staatlichen Sektors zurückzuführen sind, während der private Sektor nicht nur stabil ist, sondern sogar stabilisierend wirkt: „Der private Sektor absorbiert Schocks und formt sie in eine stabilisierende Bewegung um“³. Diese radikale Gegenposition zur keynesianischen Theorie stellt die extremste Formulierung einer Gleichgewichtslogik dar. Eine etwas abgemilderte zweite Version, wie sie vom Sachverständigenrat favorisiert wird, ist die folgende. Sie leugnet nicht, daß auch im privaten Sektor selbst Ungleichgewichte entstehen. Diese sind aber nicht auf destabilisierende Tendenzen zurückzuführen, haben ihre Ursache vielmehr darin, daß die im Prinzip zum Gleichgewicht drängenden Mechanismen des Marktes durch institutionelle Faktoren daran gehindert sind, ihre volle Wirksamkeit zu entfalten. Eine besondere Rolle spielen dabei die Gewerkschaften, die mit der Durchsetzung übertriebener Verteilungsansprüche inflatorische Tendenzen hervorrufen, die eine Stabilisierungskrise geradezu erzwingen. Summa summarum: Das System als solches ist zwar stabil und „gleichgewichtsfähig“ – der Verstoß gegen Marktgesetzmäßigkeiten führt aber zu Ungleichgewichten und macht Stabilisierungskrisen notwendig.

In gewisse Schwierigkeiten geraten die angedeuteten Versionen, wenn sie über die Erklärung von Ungleichgewichten hinausgehend den zyklischen Verlauf des Wachstumsprozesses mit ihrer Grundposition in Einklang zu bringen versuchen – wie begründet man regelmäßig wiederkehrende exogene Schocks bzw. regelmäßig wiederkehrendes destabilisierendes Verhalten des staatlichen Sektors, auf den nach monetaristischer Sicht „die Hauptinstabilitäten und Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses ... zurückgehen“⁴? Die entschieden hinter Kaleckis Einsichten zurückfallenden Hypothesen über einen Zusammenhang von Wahlterminen und dem zeitlichen Einsatz einer Stop-and-go-Politik können diese

2 „Variations of a country's annual rate of growth between, for example, zero and 8 per cent are prima facie evidence of economic instability“. Siehe Lundberg, E., *Instability and Economic Growth*, New Haven and London 1968, S. 11.

3 Brunner, Karl, *Die „Monetaristische Revolution“ der Geldtheorie*, in: Kalmbach, Peter (Hrsg.), *Der Neue Monetarismus*, München 1973, S. 75.

4 Brunner, Karl, S. 75/76.

Lücke kaum füllen, da eine solche staatliche Politik keinen rechten Sinn ergibt, wird die Existenz von Instabilitäten nicht bereits vorausgesetzt.

Auch die Version der keynesianischen Theorie, die in den meisten Lehrbüchern ihren Niederschlag gefunden hat – Weintraub spricht von 45°-Keynesianismus⁵ – geht von einer Gleichgewichtslogik aus. Zugelassen ist zwar ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht, aber dieses kann durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen in ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht überführt werden, für das dann die allgemeine Gleichgewichtstheorie wieder ihre Gültigkeit beanspruchen kann (neoklassische Synthese).

Dieser 45°-Keynesianismus⁶ trägt zur Erklärung von Instabilitäten wenig bei. Er ist überdies durch neuere Arbeiten als adäquate Keynes-Interpretation erheblich in Frage gestellt worden. Das Augenmerk richtet sich damit wieder stärker auf den wesentlichen Aspekt der General Theory, die nach Keynes eigener Charakterisierung zu verstehen ist als „a theory of why output and employment are so liable to fluctuations“⁷.

II. Zur endogenen Instabilität

Trotz der Renaissance, die Jean Baptiste Say in der herrschenden Wirtschaftstheorie gegenwärtig erlebt, ist auf der anderen Seite mit den verschärften Krisentendenzen solchen Ansätzen wieder stärkere Beachtung geschenkt worden, die mit durchaus unterschiedlichen Begründungen und mit methodisch sehr verschiedenartigem Vorgehen die endogene Instabilität des kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsprozesses aufzudecken versuchen. Der Gleichgewichtslogik der neoklassischen Theorie wird eine Ungleichgewichtslogik entgegengesetzt, indem von der Hypothese ausgegangen wird, daß Abweichungen vom Gleichgewicht nicht zufällig, sondern systematisch erfolgen, und daß sich Abweichungen tendenziell eher vergrößern als verkleinern und damit vom Gleichgewicht weg und nicht dahin zurückführen. Es kann hier nicht der Versuch unternommen werden, die Instabilitäts- und Krisentheorien, die entwickelt worden sind, im einzelnen durchzugehen und in eine Systematik zu bringen. Trotzdem dürfte es nützlich sein, auf einige zentrale Unterschiede hinzuweisen und die von uns bezogene Position kurz zu begründen.

1. Endogene Instabilität und Werttheorie

Eine wesentliche methodische Differenz in den Ansätzen zur Erklärung ökonomischer Instabilitäten ist darin zu sehen, ob sie von der Basis der Marxschen Werttheorie ausgehen oder nicht. Für Theoretiker in der Marxschen Tradition ist klar, daß „Die Krisentendenz der auf den Wert gegründeten Produktionsweise“⁸ nur auf werttheoretischer Grundlage

5 Weintraub, S. (Hrsg.), *Modern Economic Thought*, Oxford 1977, S.47.

6 Die großen ökonometrischen Modelle sind letztlich ausdifferenzierte Versionen dieser problematischen Keynes-Interpretation. Damit durchgeführte Simulationen, die die Dämpfung exogen erzeugter Schocks zeigen, können deshalb kaum als Beweis für die Stabilität des ökonomischen Systems dienen.

7 Keynes, J.M., *The General Theory of Employment*, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 14, London und Basingstoke 1973, S. 121 (ursprünglich: *Quarterly Journal of Economics*, Febr. 1937).

8 So der Titel einer Arbeit von Rainer Künzel (Diss. Berlin 1976), die einen lesenswerten Beleg für diese Position darstellt.

analysiert werden kann. Dieser Anspruch wird mitunter mit einem methodischen Ausschließlichkeitsanspruch vorgebracht, der u. E. unangebracht ist und nicht aufrechterhalten werden kann.

Zur Begründung unserer Position ist zum einen auf die Forschungsergebnisse zu verweisen, die im Zusammenhang mit der von Sraffa⁹ vorgelegten Produktionspreistheorie erarbeitet worden sind. Diese Ergebnisse haben einerseits zu einer Zurückweisung unbegründeter Einwände gegen die Werttheorie geführt und auf der anderen Seite aber auch deren Bedeutung relativiert. So ist inzwischen z. B. nicht mehr bestreitbar, daß Profitrate, Produktionspreis und die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit ohne Rekurs auf Wertgrößen ermittelt werden können; der Status, den viele Marxisten der Werttheorie zuschreiben, wird damit erheblich verändert. Darauf hinzuweisen heißt aber nicht unbedingt, Steedmans Position zu teilen, wenn er sagt: „Marx's value reasoning – hardly a peripheral aspect of his work – must be abandoned, in the interest of a coherent materialist theory of capitalism”¹⁰.

Was speziell die Bedeutung der Werttheorie für die Erklärung von Instabilitäts- und Krisentendenzen anbelangt, scheint uns der Hinweis in der Starnberger Studie¹¹ über ökonomische Krisentendenzen wichtig, daß die Variablen einer dynamischen Theorie ungleichgewichtiger und instabiler Akkumulation solche Größen sind, die für die gesellschaftlichen Gruppen im Kapitalismus unmittelbar wahrnehmbar und handlungsleitend sind: „Das sind aber nicht die Variablen einer Werttheorie, sondern jene einer Preistheorie (also nicht Werte, sondern Preise, nicht variables Kapital, sondern Löhne, nicht Mehrwert, sondern Profite)“¹².

Diese auf der theoretischen Ebene angesiedelten Bedenken gegen eine auf der Werttheorie basierende Krisen- und Instabilitätserklärung müssen in bezug auf Realanalysen um den ausschließlich forschungspragmatisch begründbaren Einwand ergänzt werden, daß eine überzeugende Übersetzung werttheoretischer Kategorien in statistisch vorfindbare Makrogrößen bisher nicht geleistet werden konnte¹³. Zwischen werttheoretisch begründeten Theoremen und empirischer Analyse klafft eine Lücke, die nur mit Annahmen geschlossen werden kann, deren Problematik u. E. allein schon genügt, die dem werttheoretischen Ansatz zugeschriebenen Vorteile wieder aufheben.

2. Fallende Tendenz der Profitrate

Eine andere Frage als die Entscheidung für oder gegen werttheoretische Fundierung einer Krisen- oder Instabilitätserklärung ist die, welche Rolle die Profitrate, bzw. die fallende Tendenz der Profitrate für diese Erklärung spielt. Wir haben bereits angedeutet, daß – entgegen immer noch vertretenen Positionen – die Werttheorie für eine Theorie der Profitrate kein zwingendes Erfordernis darstellt und daß die in Wertgrößen ausgedrückte Profitrate

9 Sraffa, P., *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge 1963.

10 Steedman, I., *Marx after Sraffa*, London 1977, S. 207. Zur hier angedeuteten Position siehe Kurz, H. D., *Sraffa after Marx*, in: *Australian Economic Papers*, (1979), S. 52ff.

11 Müller, G., u. a., *Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1978.

12 Ebenda, S. 29.

13 Das gilt in besonderer Weise für die von Altwater u. a. unternommenen Versuche einer Realanalyse. Siehe Altwater, E., u. a., *Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland*, in: *Probleme des Klassenkampfes*, 13 und 16 (1974).

im Rahmen einer Ungleichgewichtstheorie durch die in Preisgrößen ausgedrückte, an der sich die Unternehmer tatsächlich orientieren, ersetzt werden sollte. Damit ist aber zunächst noch offen, welche Rolle die Profitrate, bzw. deren fallende Tendenz für die Erklärung von Instabilitätstendenzen spielt.

Es wäre ein ganz und gar törichter Standpunkt, die Bedeutung der Profitratenentwicklung gering einzuschätzen, denn „natürlich ist eine kapitalistische Krise im Kern immer auch eine Krise des Profits“¹⁴. Das kann aber nicht heißen, daß in einer säkular fallenden Profitrate der Schlüssel zur Erklärung ökonomischer Krisentendenzen zu sehen ist und auch nicht, daß eine an der Profitrate ansetzende Erklärung besondere Vorteile hätte. Wenn es nämlich richtig ist, daß Krisen- und Instabilitätstendenzen sich allemal auch in Profitratenbewegungen widerspiegeln, so ist dies zunächst eher ein Grund gegen als für eine bei der Profitrate ansetzende Erklärung der Instabilität. Mit Hilfe einer tautologischen Gleichung läßt sich das näher erläutern. Wir gehen von der folgenden definitorischen Erweiterung der Profitrate aus:

$$\frac{P}{K} = \frac{P}{Y} \cdot \frac{Y_f}{K_r} \cdot \frac{Y_r}{Y_f} \cdot \frac{p_Y}{p_K},$$

wobei

$\frac{P}{K}$: Profitrate, $\frac{P}{Y}$: Profitquote, $\frac{K_r}{Y_f}$: Kapitalkoeffizient,

bezogen auf die Produktionskapazität, $\frac{Y_r}{Y_f}$: Kapazitätsauslastungsgrad, $\frac{p_Y}{p_K}$: Verhältnis

des Preisniveaus von Sozialprodukt und des Kapitalstocks.

Von allen vier Größen auf der rechten Seite können Wirkungen auf die Profitrate ausgehen, wobei die Möglichkeit wechselseitiger Kompensation selbstverständlich in Rechnung gestellt werden muß. Schließt man das aus, so ist ein Fallen der Profitrate dennoch mit ganz unterschiedlichen Erklärungsansätzen vereinbar. Setzt man an der ersten Größe an, so kommt man zu einer Erklärung, wie sie von Glyn und Sutcliffe¹⁵ vorgetragen wurde: Eine Machtzunahme auf seiten der Arbeitnehmerorganisationen, verbunden mit verminderten Überwälzungsmöglichkeiten, vor allem infolge der internationalen Konkurrenz, führt zu einer Erhöhung der Lohnquote, damit zu einer Senkung der Profitquote, das Ergebnis ist eine Profitklemme, die eine zentrale Rolle bei der von Glyn und Sutcliffe vorgelegten Erklärung der Misere der englischen Wirtschaft spielt.

Die zweite Größe ist der um Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalkoeffizient und damit die Größe, die u. E. am ehesten geeignet ist, auf der Ebene der statistisch erfassbaren Größen das auszudrücken, was Marx mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals erfassen wollte. Bekanntlich ist die Hypothese von der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals zentral für die Marxsche Begründung der fallenden Tendenz der Profitrate. Obwohl es nicht zulässig ist, darin eine rein technische Aussage über den Charakter des technischen Fortschritts zu sehen, muß doch festgehalten werden, daß

¹⁴ Müller, G. u. a., S. 29.

¹⁵ Glyn, A. und Sutcliffe, B., *British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze*, London 1972.

damit eine Theorie entwickelt wird, derzufolge in einer kapitalistischen Gesellschaft allemal arbeitssparender technischer Fortschritt dominieren muß. Es ist hier nicht möglich, näher der Frage nachzugehen, ob Marx in diesem Punkt nicht gegen das von ihm sonst durchaus beachtete Prinzip versündigte, genau zwischen historisch spezifischen und für eine bestimmte Gesellschaft allgemein gültigen Sachverhalten zu unterscheiden. Ohne das hier näher ausführen zu können, soll festgehalten werden, daß keine wirklich überzeugende Begründung dafür vorliegt, dem arbeitssparenden technischen Fortschritt à la Marx eine für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive Bedeutung zuzuerkennen. Unter Konkurrenzverhältnissen besteht ein Zwang zur Stückkostensenkung für das einzelne Unternehmen und eine solche Senkung ist mit durchaus verschiedenen Formen technischen Fortschritts zu realisieren.

An der dritten Größe setzen vor allem unterkonsumtionstheoretische Ansätze an, die den Nachweis zu erbringen versuchen, daß eine laufend sinkende Kapazitätsauslastung infolge eines zurückbleibenden Wachstums der Konsumgüternachfrage zur eigentlichen Krisenursache wird. Zentral für unterkonsumtionstheoretische Begründungen ist die Vorstellung, daß die Investitionsgüterindustrie von der Entwicklung der Konsumgüterindustrie abhängt, so daß deren zurückbleibende Entwicklung – etwa wegen der ungenügend steigenden Massenkaufkraft – notwendig auf die Investitionsgüterindustrie übergreift.

Die vierte Größe schließlich spielt eine bedeutsame Rolle im Rahmen der sogenannten „financial instability hypothesis“, wie sie Minsky¹⁶ vorgelegt hat. Für diese Hypothese ist bedeutsam, daß sich die Kapitalgüterpreise nach anderen Prinzipien bilden als die Preise des Sozialprodukts. Letztere geben die Lohnkosten, andere laufende Kosten und die Profitaufschläge wieder, erstere den kapitalisierten Wert erwarteter Kapitaleinkommen. Hieraus wird – nach Minskys Überzeugung in voller Übereinstimmung mit dem was Keynes wirklich meinte – ein endogener Instabilitätsmechanismus abgeleitet.

Diese skizzenhaften Hinweise verfolgten ausschließlich den Zweck aufzuzeigen, daß ein Profitratenfall mit ganz unterschiedlichen Erklärungsansätzen vereinbar ist; es ist insofern falsch davon auszugehen, daß nur bei einer der Varianten der Fall der Profitrate von Bedeutung ist. Das spricht aber eher gegen als für eine bei dieser Größe ansetzende Erklärung der Instabilität.

Ein anderer Gesichtspunkt muß noch erwähnt werden. Wir haben bei den verschiedenen Ansätzen, die hier kurz Revue passierten, bewußt offen gelassen, ob damit eine Instabilitäts- oder aber eine Stagnationsthese zu begründen versucht wird. Beides ist prinzipiell möglich und in der Literatur auch versucht worden. Offenbar ist also eine fallende Profitrate nicht nur mit ganz unterschiedlichen Erklärungsansätzen vereinbar, sie ist darüber hinaus keine hinreichende Bedingungen für Instabilitätstendenzen, da erst gezeigt werden muß, weshalb das Ergebnis einer – einmal als real unterstellten – fallenden Tendenz nicht Stagnation ist.

16 Minsky, H. P., *John Maynard Keynes*, New York 1975. Siehe auch die Aufsätze von Minsky: „*The Financial Instability Hypothesis: An Interpretation of Keynes and an Alternative to 'Standard' Theory*“, in: Challenge, (1977), S. 20ff; Ders., *An „Economics of Keynes“ Perspective on Money*, in: Weintraub, S. (Hrsg.), *Modern Economic Thought*, Oxford 1977.

3. Endogene Instabilität des Akkumulationsprozesses

Nach diesen, in der hier notwendigen Verkürzung ganz sicher unzureichenden Hinweisen, soll nun versucht werden, wiederum in aller Kürze und ganz skizzenhaft einen Erklärungsansatz vorzustellen, der uns fruchtbar erscheint, obwohl er keinesfalls besondere Originalität beanspruchen kann, denn die Spuren, denen wir dabei folgen, sind von Keynes, Kalecki und einigen ihrer Nachfolger, insbesondere von Harrod, gelegt, in den wachstumseuphoristischen fünfziger und sechziger Jahren allerdings zunehmend verwischt worden.

Das statistische Material für fortgeschrittene kapitalistische Ökonomen macht genügend klar, daß unter den makroökonomischen Größen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen die Investitionen in besonderem Maße Schwankungen unterliegen. Für die Analyse von Instabilitätstendenzen liegt es deshalb nahe, dieser Größe besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Unser Ausgangspunkt ist die methodisch äußerst fruchtbare keynesianische Unterscheidung zwischen Sparen und Investieren. Ein wesentliches Ergebnis der keynesianischen Theorie besagt bekanntlich, daß das Investitionsverhalten ganz anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt als das Sparverhalten. Eine „Theorie der Akkumulation“ muß deshalb – zumindest bei kurzfristiger Betrachtung – aufgespalten werden in eine Theorie der Investition und in eine Theorie des Sparens. Es ist unzulässig, die investierenden Unternehmer als Erfüllungsgehilfen der Konsumenten zu verstehen, die lediglich deren Entscheidungen über Gegenwarts- und Zukunftskonsum exekutieren. Ein Kennzeichen von privat-dezentralen Entscheidungssystemen ist es, daß die Einzelkapitale, ohne auf gesamtwirtschaftliche Bedürfnisse Rücksicht nehmen zu können, ihre Produktions- und Investitionsentscheidungen treffen müssen. Damit stellt sich natürlich die Frage, ob es Mechanismen gibt, die in der Lage sind, die unabhängig voneinander getroffenen Spar- und Investitionsentscheidungen zu koordinieren.

Das Auseinanderfallen von Spar- und Investitionsentscheidung hat daneben noch einen anderen Aspekt, der bisher weniger Beachtung gefunden hat. Wie man aus der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung ersehen kann, ergibt sich für fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaften eine typische Verschuldungsstruktur mit den Unternehmen in einer Nettoschuldner- und den Haushalten in einer Nettogläubigerposition, wobei nicht nur die absolute, sondern auch die relative Verschuldung in der Regel eine steigende Tendenz aufweist. Auf die Bedeutung, die diese Entwicklung für die Erklärung von Instabilitätstendenzen hat, wird noch zurückzukommen sein.

Sieht man von allen Finanzierungsfragen zunächst einmal ab, so zeigen zahlreiche Untersuchungen über das Investitionsverhalten, daß eine, wenn nicht die wesentliche Determinante die Kapazitätsauslastung darstellt, die ihrerseits die Intensität der Nachfrage widerspiegelt. Bezeichnet man die Normalauslastung mit u_0 , so kann man davon ausgehen, daß ein höherer Auslastungsgrad ($u > u_0$) die einzelnen Investoren zu einer Investitionsausdehnung veranlaßt, d. h. es kommt immer dann zu einer Erhöhung der Wachstumsrate des Kapitalstocks (g), wenn $u > u_0$, also

$$\frac{dg}{du} > 0, \text{ wenn } u > u_0.$$

Bleibt der Auslastungsgrad hinter dem normalen zurück ($u < u_0$), so ist es ein Gebot einzelwirtschaftlicher Rationalität, auf ein Sinken des Auslastungsgrads mit einer Reduk-

tion von g zu reagieren. Der Differentialquotient dg/du ist also auch in dieser Konstellation positiv.

Es wäre ein Mißverständnis, diese sehr einfachen Überlegungen dahingehend zu interpretieren, daß das skizzierte Investitionsverhalten als jeder kapitalistischen Entwicklung inhärent unterstellt wird und damit den Schlüssel zur Erklärung von Instabilitäten liefern soll. Worauf es ankommt, ist vielmehr, die Entscheidungen über Preise und Mengen, die in einem kapitalistischen System notwendig privat und dezentralisiert getroffen werden, auf ihre Kompatibilität zu untersuchen und dabei zu fragen, ob die immer noch für die herrschende Wirtschaftstheorie prägenden Vorstellungen von der Herstellung gesamtwirtschaftlich rationaler Ergebnisse im Vollzug individueller Rationalität Gültigkeit beanspruchen können. Das dargestellte Investitionsverhalten gibt einen Hinweis – der auch auf andere Bereiche weiterzufolgen ist – darauf, daß eine individuell durchaus rationale Verhaltensweise zu einer gesamtwirtschaftlich jeweils gerade „falschen“ Entwicklungsrichtung führt. Daran kann selbst individuelle Einsicht nichts ändern, denn für gesamtwirtschaftlich richtiges Verhalten sind keine Gratifikationen ausgesetzt – es würde sich im Gegenteil als irrational für diejenigen erweisen, die es zu praktizieren versuchen.

Ob sich kumulative Instabilitätstendenzen durch das beschriebene Investitionsverhalten ergeben oder aber trotz des unterschiedlichen Vorzeichens, das private und gesamtwirtschaftliche Rationalität für das Wachstum des Kapitalstocks erfordern, ein Gleichgewicht¹⁷ zustandekommt, hängt allerdings von zusätzlichen Voraussetzungen ab. Ein einfaches Modell verdeutlicht die Zusammenhänge.

Geht man davon aus, daß das Volkseinkommen¹⁸ in Lohn und Profit zerfällt, so gilt die tautologische Gleichung

$$Y = L + P \quad (1)$$

Greift man bestimmte Überlegungen von Kalecki auf, so scheint es sinnvoll, die Lohnsumme sowohl mit der Entwicklung des Volkseinkommens wie auch mit der Zunahme des Kapitalstocks in Beziehung zu bringen¹⁹, da es neben den direkt mit dem Volkseinkommen in Beziehung stehenden Lohnkosten auch „overheads“ gibt, die – wenn auch vielleicht nicht, wie hier vereinfachend unterstellt, proportional – mit der Höhe des Kapitalstocks verbunden sind.

$$L = aY + bK \quad (2)$$

Unterscheidet man zwischen Produktionskapazität bei Normalauslastung (Y_f^k), realem Volkseinkommen (Y_r) und nominalem (Y), so ergibt sich aus (1) und (2) für die Profitrate

$$\frac{P}{K} = (1 - a) \frac{Y_f^k}{K} \cdot \frac{Y_r}{Y_f^k} \cdot \frac{Y}{Y_r} - b \quad (3)$$

Unterstellt man einen konstanten Kapitalkoeffizienten $\left(\frac{K}{Y_f^k} = v\right)$, bezeichnet man die Kapazitätsauslastung $\frac{Y_r}{Y_f^k}$ mit u und berücksichtigt man, daß $\frac{Y}{Y_r} = p$ (p = Preisniveau), so gilt

¹⁷ Bei dem es sich durchaus auch um ein Unterbeschäftigungsgleichgewicht handeln kann.

¹⁸ Auf eine Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettogrößen wird im folgenden verzichtet.

¹⁹ Siehe dazu Steindl, J., *Stagnation Theory and Stagnation Policy*, in: Cambridge Journal of Economics, 3 (1979), S. 1ff. Steindl verwendet allerdings an Stelle des Kapitalstocks die Produktionskapazität.

$$\frac{P}{K} = (1-a) \frac{u \cdot p}{v} - b \quad (3a)$$

Weiter scheint es auf Grund empirischer Beobachtung gerechtfertigt, davon auszugehen, daß gilt

$$p = p(u) \quad \text{mit} \quad \begin{cases} \frac{dp}{du} > 0 & \text{für } u \geq u_0 \\ \frac{dp}{du} = 0 & \text{für } u < u_0 \end{cases} \quad (4)$$

Damit gilt

$$\frac{P}{K} = \psi(u) \quad \text{mit} \quad \frac{d\psi}{du} > 0 \quad (5)$$

Verwendet man die Kaldorschen Sparhypothesen²⁰, so gilt für das Sparen aus Profit in Relation zum Kapitalstock

$$\frac{S_P}{K} = \frac{s_P(1-a)}{v} up(u) - s_P b \quad (6)$$

und entsprechend für das Sparen aus Lohneinkommen

$$\frac{S_L}{K} = \frac{s_L a}{v} up(u) + s_L b \quad (7)$$

Für die Sparrate gilt somit

$$\sigma = \frac{S}{K} = \frac{S_P + S_L}{K} = \left[s_P - (s_P - s_L) \frac{a}{v} \right] up(u) - (s_P - s_L) b \quad (8)$$

Die Sparrate ist damit eine Funktion des Auslastungsgrades; unter den üblichen Annahmen gilt, daß die Funktion eine positive erste Ableitung aufweist.

Dieser Sparrate ist die Wachstumsrate des Kapitalstocks gegenüberzustellen. Wie bereits erläutert, gehen wir davon aus, daß

$$g = \frac{I}{K} = g(u) \quad \text{mit} \quad \begin{cases} \frac{dg}{du} > 0 & \text{für } u > u_0 \\ \frac{dg}{du} > 0 & \text{für } u < u_0 \end{cases} \quad (9)$$

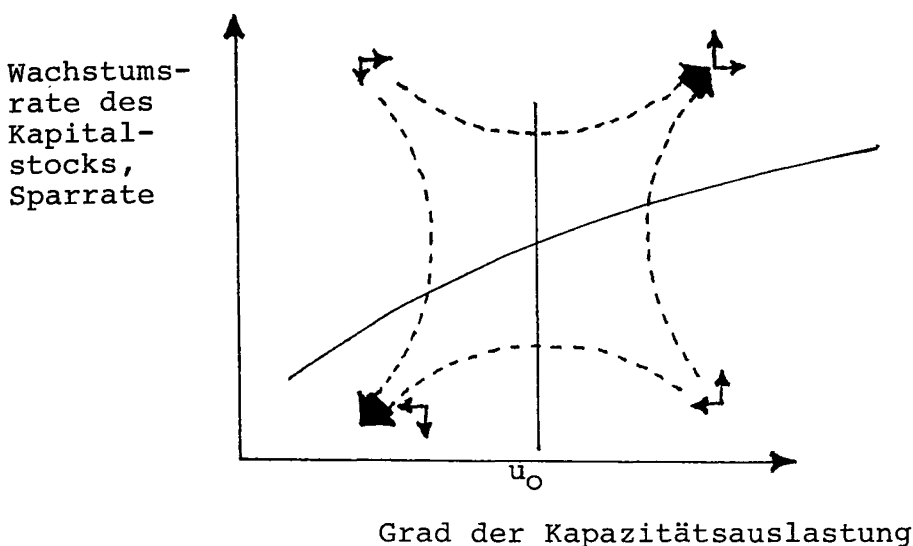
Instabilität des Akkumulationsprozesses liegt somit immer dann vor, wenn

$$\frac{dg}{du} > \frac{d\sigma}{du} \quad (10)$$

Graphisch kann die Existenz dieser Bedingung durch das folgende Bild verdeutlicht werden²¹:

20 Kaldor, N., *Alternative Theories of Distribution*, in: *Review of Economic Studies*, 23 (1956), S. 83ff.

21 Siehe dazu auch Müller, G. u.a., S. 135, die allerdings von einem etwas anderen Modell ausgehen.



Einige Anmerkungen zu diesem – fraglos übereinfachten – Modell sind notwendig. Zunächst sei festgehalten, daß mit $d\sigma/du > 0$ Kaldors Verteilungsmechanismus als gültig unterstellt ist, ohne daß daraus jedoch zwingend ein Gleichgewicht entsteht. Nun ist der Kaldor-Mechanismus aber bekanntlich daran gebunden, daß bei hoher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage über Preiserhöhungen, denen keine entsprechenden Lohnerhöhungen gegenüberstehen, eine Umverteilung zugunsten der Profite erfolgt. Dies ist zumindest für die fortgeschrittene Boomphase eine problematische Unterstellung, läuft sie doch darauf hinaus, daß die Gewerkschaften gerade in einer Phase mit starker Verhandlungsposition diese Umverteilung akzeptieren. Führt man, wie etwa Goodwin in seinem Wachstumszyklenmodell²², eine Arbeitsmarktreaktionsfunktion ein (positive Beziehung zwischen Wachstumsrate des Lohnsatzes und Beschäftigungsgrad), so ist durchaus möglich, daß bei noch zunehmendem Beschäftigungsgrad die Profitrate bereits sinkt²³. Der Kaldorsche Verteilungsmechanismus wäre außer Kraft gesetzt. Vorstellbar ist allerdings auch, daß eine Preis-Lohn-Spirale entsteht, die die Instabilitätstendenzen des Akkumulationsprozesses im Bereich der Einkommensverteilung ergänzt und insofern Ähnlichkeiten damit aufweist, als Einsicht in die gesamtwirtschaftliche Disfunktionalität des eigenen Handelns nicht zu einem Verhaltenswechsel führt, da dafür wiederum keine Gratifikationen ausgesetzt sind.

22 Goodwin, R. M., *A Growth Cycle*, in: Feinstein, C. H. (Hrsg.), *Capitalism and Economic Growth*, Cambridge 1967, S. 54 ff.

23 Das ist in Goodwins zweiter Boomphase der Fall. Sein Modell, das zu konstanten Schwingungen führt, geht allerdings von einer vollen Kapazitätsauslastung im gesamten Zyklus aus. Zu einem Versuch, Goodwins Modell mit Überlegungen zu verknüpfen, wie sie bei uns dargestellt wurden, siehe Glombowski, J., *Ein überakkumulationstheoretisches Modell zyklischen Wachstums mit variabler Kapazitätsauslastung*, in: Argument, Sonderband 35: *Alternative Wirtschaftspolitik*, Berlin 1979, S. 135 ff.

4. Finanzierung und Instabilität

Als besonderer Mangel des hier entwickelten Modells muß angesehen werden, daß Geld- und Kapitalmärkte vollkommen unberücksichtigt bleiben und damit insbesondere die Investitionsfinanzierung ausgeblendet bleibt. Nach Minskys Interpretation der keynesianischen Theorie liegt deren Vorzug aber gerade darin, daß sie das „village fair“-Paradigma der neoklassischen Theorie durch ein „Wallstreet“-Paradigma ersetzt, das den besonderen Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie mit entwickelten Finanzmärkten Rechnung trägt²⁴. Er stellt darüber hinaus fest: „In Keynes's theory the proximate cause of the transitory nature of each cyclical state is the instability of investment; but the deeper cause of business cycles in an economy with the financial institutions of capitalism is the instability of portfolios and of financial interrelations.“²⁵

Die Frage, ob mit der von Minsky formulierten „financial instability-Hypothese“ die eigentliche Ursache der Instabilität erfaßt ist oder aber die Instabilität primär durch den Investitionsprozeß verursacht wird, ist für den Wirtschaftshistoriker zweifellos von erheblicher Relevanz. Sie kann hier nicht entschieden werden; immerhin sei angemerkt, daß es gute Gründe dafür gibt, dem Investitionsprozeß eine eigenständige Bedeutung für die Herausbildung von Instabilitätstendenzen zuzuerkennen. Das heißt freilich nicht, daß auf eine Analyse des Finanzsektors und der dort sich ergebenden Instabilitäten verzichtet werden sollte. Wie bereits an früherer Stelle angedeutet, kommt der Verschuldung der Unternehmen, die mit der Kreditfinanzierung der Investitionen aufgebaut wird, eine besondere Bedeutung zu²⁶. Die aus der Verschuldung sich ergebenden Verbindlichkeiten einer Unternehmung müssen aus den Bruttoprofiten zukünftiger Perioden, also aus dem Überschuß der Erlöse über Lohn- und Materialkosten bestritten werden, sind also an die Durchsetzung eines ausreichenden Profitaufschlags auf die laufenden Kosten gebunden und damit an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Geht man von einer Wirtschaft aus, in der die Erfahrung zyklischer Schwankungen nicht unbekannt ist, kann man unterstellen, daß auch bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft in einer beginnenden Aufwärtsphase die Bruttoprofite zunächst so vorsichtig eingeschätzt werden, daß die Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten kein Problem darstellt. Da in einer solchen Situation auf Grund des Leverage-Effekts die Eigenkapitalrentabilität der Gesamtkapitalrentabilität vorauseilt, ergibt sich eine allgemeine Tendenz zur Ausweitung der Verschuldung. Diese auszudehnen scheint solange rational, solange der Gegenwartswert erwarteter Erlöse den Gegenwartswert der Verbindlichkeiten übersteigt. Das kann aber auch dann der Fall sein, wenn der Bruttoprofit in einer zukünftigen Periode nicht ausreicht, die eingegangenen Verbindlichkeiten abzudecken (Zinszahlung und Tilgung), in diesen Fällen ist eine weitere Schuldenaufnahme unvermeid-

24 Minsky, H. P., *The Financial Instability Hypothesis*.

25 Minsky, H. P., *John Maynard Keynes*, London und Basingstoke 1975, S. 57.

26 Es ist davon auszugehen, daß sich der Zwang zur Fremdfinanzierung für die Unternehmen sehr unterschiedlich darstellt, wobei die Zugehörigkeit zum Wettbewerbssektor oder zum oligopolistischen Sektor eine Rolle zu spielen scheint. Für oligopolistische Anbieter wird die These vertreten, daß deren Preispolitik durch die Akkumulationsabsichten bestimmt wird. Dies könnte sowohl die sehr unterschiedliche Betroffenheit einzelner Sektoren durch restriktive Geldpolitik wie scheinbare Paradoxa erklären: Eine Kreditbeschränkung kann aus Gründen, wie sie im folgenden erörtert werden, im Wettbewerbssektor zu Bankrotten führen, während sie im oligopolistischen Sektor die Wirkung hat, daß die Akkumulationsbedürfnisse nun erst recht über Preiserhöhungen realisiert werden. Siehe dazu Eichner, A. S., *The Megacorp and Oligopoly*, Cambridge 1976.

lich, d. h. das Unternehmen ist nicht mehr nur auf die Entwicklung von Produkt- und Faktormarkt, sondern auch auf das normale Funktionieren der Finanzmärkte angewiesen. Kommt es im Zuge der Verschuldungsausweitung zu Erhöhungen des Zinssatzes, werden die Instabilitäten offensichtlich: Die Notwendigkeit zur Neuverschuldung bei gestiegenen Zinsen läßt die Zahlungsverbindlichkeiten relativ zu den Erlösen steigen, Bankkredite sind angesichts dieser Konstellation schwer erhältlich, die Investition wird beschränkt und dies führt zu Verminderungen der Erlöse, mit der Folge, daß zunehmend Finanzierungsprobleme entstehen. Der Leverage-Effekt wirkt nun in die andere Richtung: Die Gesamtkapitalrentabilität übersteigt die Eigenkapitalrentabilität, wobei es durchaus denkbar ist, daß positive Werte der ersteren mit negativen der letzteren verbunden sind. Anders als im zuvor entwickelten Modell, bei dem von Finanzierungsaspekten abgesehen wurde, kommt es hier zwar zu einer endogenen Beschränkung des Booms, ein Gleichgewicht kommt aber nicht zustande, weil die im Aufschwung sich entwickelnde Finanzierungsstruktur bereits den Keim der Instabilität in sich trägt.

III. Einige Folgerungen und Ergänzungen

Der von uns skizzierte Ansatz eines instabilen Investitionsverlaufs, den zu stabilisieren weder die Verteilungsentwicklung noch die Entwicklung auf den Finanzmärkten in der Lage scheinen – eher ist hier ja mit besonderen zusätzlichen Instabilitätstendenzen zu rechnen – läßt die Frage offen, ob es nach oben und nach unten Beschränkungen der Instabilitätstendenz gibt. Damit ist die für die Konjunkturtheorie ehrwürdige Frage nach *ceiling* und *bottom* aufgeworfen. Wir haben zuletzt bereits auf einen Mechanismus hingewiesen, der eine Begrenzung eines Investitionsbooms darzustellen vermag, weitere sind denkbar, die einen Investitionsboom und den damit verbundenen Inflationsprozeß schließlich brechen können. Dies näher zu diskutieren scheint uns deshalb weniger wichtig als die Herausarbeitung der Instabilitätstendenz selbst, weil unter den gegebenen Bedingungen einer staatsinterventionistischen Ökonomie in aller Regel die Frage nach den Beschränkungen abstrakt bleibt, da vor dem Wirksamwerden eines *ceiling* über Geld- und Fiskalpolitik die drohende Erosion des Geldsystems verhindert wird – nicht allerdings in der Weise, daß die Ökonomie auf einen Gleichgewichtspfad geführt wird, sondern indem ein Instabilitätsprozeß in umgekehrter Richtung in Gang gesetzt wird. Das instabile System kann durch staatliche Intervention nicht in ein stabiles verwandelt, wohl aber kann eine Richtungsveränderung ausgelöst werden.

Anders sieht es allerdings mit Begrenzungen nach unten aus. Die marxistische Theorie setzt hier ganz auf die in der Krise erfolgende Kapitalentwertung, mit der angeblich wieder befriedigende Kapitalverwertungsbedingungen möglich werden. Wie das konkret zugeht, bleibt allerdings offen, denn – einmal recht banal ausgedrückt – der Bankrott des einen Unternehmens ist für das andere noch kein Anlaß zur Investition. Wir sehen demgegenüber keine notwendig auftretenden Mechanismen, die die Abwärtsbewegungen auffangen²⁷.

²⁷ Natürlich schließt das nicht aus, daß bestimmte Faktoren, u. U. auch mehrmals, für einen Wiederaufschwung gesorgt haben. In der Bundesrepublik scheint diese Rolle in mehreren Wachstumszyklen dem Export zugefal-

Obwohl hier nur genauere empirische Untersuchungen Aufschluß geben können, scheint uns insgesamt ein *ceiling* doch viel wahrscheinlicher als ein *bottom*. Mit anderen Worten: Eine staatliche Antiinflationpolitik bricht einen Instabilitätsprozeß nach oben vielleicht früher als er sonst zu Ende käme, eine Expansionspolitik ist dagegen von anderer Qualität, weil keine überzeugenden Mechanismen zu sehen sind, die früher oder später die gleiche Funktion übernehmen würden. Unsere Theorie enthält insofern eine Asymmetrieannahme.

Eine zweite Ergänzung scheint notwendig. Die von uns dargestellte Theorie weist der Entwicklung der Kapazitätsauslastung eine wesentliche Rolle zu. Sie ist eine kurzfristige Theorie, da sie Instabilitätstendenzen für gegebene Parameter zu begründen versucht, wie das unseren Überlegungen zugrunde liegende Modell deutlich macht. Damit ist sie aber nicht unfähig, die Auswirkungen längerfristiger Entwicklungen zu erfassen. Eine Erhöhung des Kapitalkoeffizienten ist in dieser Theorie ebenso unterzubringen wie etwa eine Veränderung in der Innovationstätigkeit. Verändert werden damit Parameter oder Funktionen unseres Modells, die ihrerseits durchaus Rückwirkungen auf die Entwicklung von Investitions- und Sparrate ausüben. Solche Veränderungen sind aber nicht konstitutiv für die hier entwickelte Instabilitätstheorie. Sie können Instabilitätstendenzen verstärken oder mitunter auch abschwächen, Veränderungen dieser Größen sind aber nicht ihre Voraussetzung. Das privat dezentrale Entscheidungssystem bringt diese auch hervor, ohne daß solche Veränderungen vorliegen müssen.

Summary: Instability in the Process of Economic Growth: Some Reflections

In all highly developed capitalist countries, economic disequilibria have shown a pronounced intensification in the last few years. Irrespective of this fact, mainstream economics nevertheless adhered to its traditional equilibrium model. The undeniable disequilibria are attributed to exogenous causes or to disequilibrating behaviour particularly of the state and the trade unions.

On the other hand there is a revival of interest in approaches that regard capitalism as an economic system which endogenously produces disequilibrating tendencies. These tendencies have been pointed out by Marxist theory since its very origin. In this paper it is shown, however, that instabilities of the capitalist system need not be based on Marx's value theory and his law of the fall of the rate of profit. By means of a simple model the conditions under which the process of accumulation is unstable are demonstrated. In contrast to Kaldor, in whose theory income distribution serves as an equilibrating mechanism, it is argued that, given the present institutional framework, existing tendencies toward instability may even be aggravated by distributional conflicts. Finally the financial sector is taken into account. It is shown that the debt, accumulated by firms during a boom period prove to be an important additional factor of instability.

len zu sein (siehe dazu Vogt, W., *Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft von 1950-1965 und ihre theoretische Erklärung*, Tübingen 1968). In den USA scheinen die im Boom durch die Finanzierungsbedürfnisse der Industrie verdrängten Wohnungsbauinvestitionen eine ähnliche Rolle für den Wiederaufschwung gespielt zu haben (dazu Cornwall, J., *Growth and Stability in a Mature Economy*, London 1972).